



LINKS BE

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
151 · Ausgabe BE · Januar 2015



**DIE NATIONALRATSWAHLEN 2015 STEHEN VOR DER TÜR.
UM DIESE ZU GEWINNEN, BRAUCHT ES UNS ALLE.
DAS MITTEL DAZU HEISST: MOBILISIERUNGSWAHLKAMPF.**

**Erste positive Erfahrungen mit Telefonmobilisierung:
Aktion der SP Thun im Vorfeld der Gemeindewahlen.**

Wer mobilisiert, gewinnt!



**David
Stampfli,
Geschäfts-
führender
Partei-
sekretär**

18. Oktober 2015 – dieses Datum schwebt über dem neuen Jahr, kaum hat es begonnen. An diesem Tag wählen wir das nationale Parlament neu. Journalistinnen, Berater, Expertinnen und erst recht die Kandidierenden selbst bringen sich schon jetzt in Stellung. Und mittendrin die Parteien, die versuchen, das eine oder andere Stimmenprozent mehr zu ergattern als beim letzten Mal. Mehr liegt nämlich nicht drin: Die Geschichte zeigt, dass es in der Schweiz kaum grosse Verschiebungen bei nationalen Wahlen gibt. Je kleiner aber die Veränderungen sind, umso mehr machen ein paar zusätzliche Stimmen aus.

Mobilisieren statt überzeugen

Von früheren Wahlkämpfen her wissen wir, dass es äusserst schwierig ist, Menschen mit anderen Werthaltungen von der SP zu überzeugen. Versuchen wir flächendeckend WählerInnen für uns zu gewinnen, betreiben wir einen enormen Aufwand – mit höchst ungewissem Erfolg. Viel sinnvoller ist es deshalb, wenn wir gezielt auf unsere eigenen Leute zugehen. Statt andersdenkende Menschen von uns zu überzeugen, wollen wir in erster Linie dafür sorgen, dass jene tatsächlich wählen gehen, die uns schon gut gesinnt sind. Das Zauberwort heisst: Mobilisieren!


In der Schweiz gehen nur etwa 50 Prozent der Stimmberechtigten wählen. Das Potenzial für zusätzliche Stimmen ist also riesig. Einige tausend WählerInnen mehr können schon einen zusätzlichen Parlamentssitz ausmachen. Da der Kanton Bern statt wie bisher 26 neu nur noch 25 Nationalratssitze zugute hat, sind wir dringend auf zusätzliche Stimmen angewiesen, um zumindest die sechs bisherigen Sitze zu halten. Damit wir dieses Ziel erreichen, müssen wir möglichst viele SP-nahe Menschen zum Wählen bewegen.

Der Mobilisierungswahlkampf

Dieses gezielte Mobilisieren erreichen wir durch persönliche Gespräche mit den potenziellen SP-Wählenden, hauptsächlich per Telefon. Erfahrungen aus anderen Ländern haben gezeigt, dass Telefonieren sowohl die effizienteste wie auch günstigste Variante ist. In unserem Wahlkampf wollen wir im Kanton Bern 40 000 Personen per Telefon kontaktieren und diese für die SP mobilisieren. Dazu braucht es eine gut organisierte Struktur, bestehend aus sechs Kampagnenleitenden, die alle Regionen des Kantons abdecken. Pro CampaignerIn gibt es rund 30 Primärkontakte, bestehend aus Kandidierenden, Sektionspräsidenten und Basismitgliedern. Diese 30 Primärkontakte treten an etwa 1000 SP-Mitglieder heran, die wiederum potenzielle SP-Wählende anrufen. Nach diesem Schneeballprinzip aktivieren wir mehr und mehr Menschen, die SP wählen.

Einen ersten Vorgeschmack auf diese Mobilisierungskampagne haben wir bei «1:12» und der «Öffentlichen Krankenkasse» schon erhalten. Die SP Thun hat bei ihren Gemeindewahlen vom 30. November 2014 ebenfalls auf das gezielte Mobilisieren per Telefon gesetzt. Die Rückmeldungen der Beteiligten waren fast durchwegs positiv. Und auch das Resultat liess sich sehen: Die beiden Gemeinderatssitze blieben trotz schwieriger Ausgangslage erhalten und im Parlament gewannen wir sogar einen Sitz!

Nun wollen wir diesen Erfolg auf den ganzen Kanton Bern ausdehnen. Dazu braucht es aber uns alle! Nur wenn alle SP-Mitglieder und -Sympathisierenden mit voller Überzeugung mithelfen, können wir genügend Stimmen gewinnen. Lasst uns telefonieren, bis die Finger wund sind – und wir werden am 18. Oktober 2015 zu den jubelnden SiegerInnen gehören!



Mit dem neuen Gesetz soll die Integration der ausländischen Bevölkerung verbessert werden

Ein Schritt zu einer verbesserten Integration

Jerzy / pixelio.de

SEIT ANFANG JAHR GILT DAS KANTONALE GESETZ ÜBER DIE INTEGRATION DER AUSLÄNDISCHEN BEVÖLKERUNG (INTG). IN DIESEM ARTIKEL WERDEN DIE WICHTIGSTEN ELEMENTE DES NEUEN GESETZES VORGESTELLT UND DIE POSITION DER SP KANTON BERN ZUR KANTONALEN INTEGRATIONSPOLITIK ERLÄUTERT.

2014 wurde die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen zu Fragen der Integration neu geregelt. Die Hauptverantwortung in der Integrationspolitik verbleibt bei den Kantonen. Der Bundesrat hat jedoch einige grundsätzliche Vorgaben erlassen. Prinzipiell soll sich die Integration an den bestehenden Strukturen orientieren und z. B. in den Schulen, in der Berufsbildung und auf dem Arbeitsmarkt erfolgen. Zusätzliche Massnahmen sind nur dann vorgesehen, wenn die bestehenden Strukturen ungenügend sind. Dabei stützt sich die spezifische Integrationsförderung gemäss den Vorgaben des Bundes und der Konferenz der Kantonsregierungen auf folgende drei Themenbereiche: Information und Beratung, Bildung und Arbeit sowie Verständigung und gesellschaftliche Integration.

3-Stufen-Integration

Das vom Grossen Rat in der Märzsession 2013 beschlossene Integrationsgesetz beruht auf dem Prinzip «fördern und fordern». Das Gesetz sieht vor, dass Ausländer/innen so rasch als möglich am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, d. h. unmittelbar nach ihrer Ankunft in der Schweiz. Das Gesetz folgt einem dreistufigen Modell. In einem ersten Schritt werden alle Einwandernden von ihrer Wohngemeinde persönlich empfangen. Dabei werden sie über ihre Rechte und Pflichten,

über allgemeine Lebensumstände und das Integrationsangebot orientiert. Bei diesem Erstgespräch wird auch über zusätzliche spezifische Integrationsangebote entschieden (Sprachkurse, Umschulungen etc.); je nachdem werden die Betroffenen an die Ansprechstellen weitergeleitet. Dann erarbeiten diese mit den Betroffenen individuelle Empfehlungen und Massnahmen wie Sprachkurse, Um- und Weiterbildungskurse und begleiten die Geschwister, wo dies notwendig ist. Und schliesslich können durch die Behörden verpflichtende Massnahmen in Form eines Integrationsvertrages verlangt werden. Als Gegenleistung muss der Kanton ein Angebot von Sprachkursen und anderen Leistungen sowie Schutz gegen Diskriminierung anbieten.

Das erwartet die SP Kanton Bern vom neuen Gesetz

Die SP sieht im Prinzip «fördern und fordern» einen wichtigen Schritt in der Integrationspolitik des Kantons und landesweit. Sie unterstützt Instrumente zu einer schnelleren Integration. Mit der aktiven Einbindung werden Ausländer/innen grössere Akzeptanz bei der Schweizer Bevölkerung finden.

Ebenso ist die SP der Meinung, dass die Integration eine Aufgabe ist, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens betrifft. Begleitende Massnahmen sollen gerade

auch im Zusammenhang mit der Förderung von Kindern, Jugendlichen und Frauen angeboten werden. So sind Sprachkurse für Mütter nur sinnvoll, wenn gleichzeitig ein Kinderhütendienst organisiert wird. Entscheidend für die SP ist jedoch, dass die im Gesetz zur Integration vorgeschlagenen Massnahmen Eingang in den praktischen Alltag finden und entsprechend den Lebenssituationen individuell umgesetzt werden. Jeder Fall ist ein Einzelfall, dem mit der nötigen Sorgfalt und einer entsprechenden Abwägung der Angebote begegnet werden muss, damit die soziale Integration gelingt. Dabei darf auch das individuelle Potenzial nicht vergessen werden.

Sind die Erwartungen an die Gemeinden und Ansprechstellen erfüllbar? Zum jetzigen Zeitpunkt ist ein Urteil noch verfrüht, auch wenn die SP während der Ausgestaltung des Gesetzes Verbesserungen durchsetzen konnte. Die vorgesehenen Mittel und der geplante Zeitaufwand scheinen uns allerdings eindeutig zu knapp bemessen.

Erst in einigen Jahren werden wir über die Resultate der neuen Integrationspolitik urteilen können. Eine Aussage wird dabei so oder so nichts von ihrer Gültigkeit einbüßen: Wir riefen Arbeitskräfte und es kamen Menschen (Max Frisch).

Jeder Fall ist ein Einzelfall, dem mit der nötigen Sorgfalt begegnet werden muss.

Samantha Dunning, Grossrätin, Biel

WAS DIE JUSO BESCHÄFTIGT

«Rassistischer» Jahresrückblick

2014 WIRD IN DIE GESCHICHTSBÜCHER EINGEHEN UND ZWAR ALS EIN JAHR, DAS VON TIEFEM FREMDENHASS GEPRÄGT WAR SOWIE VON ÄNGSTEN, DIE VON RECHTER SEITE GESCHÜRT WURDEN. UND VON MENSCHEN, WELCHE UNTER DIESEN UMSTÄNDEN LEBEN MUSSTEN.

2014 wurden Menschen auf offener Strasse wegen ihrer Hautfarbe angefeindet. Ihnen wurde unterstellt, sie lebten auf Kosten der SteuerzahlerInnen – selbst wenn sie in der Schweiz geboren wurden, hier stimmberechtigt sind und Steuern zahlen. Der Fremdenhass – er ist da und er ist salonfähig wie noch nie.

2014: Annahme der Masseneinwanderungsinitiative

2014 war das Jahr, in dem am 9. Februar die Masseneinwanderungsinitiative angenommen wurde. Seither ist eine Enthemmung von RassistInnen in unserem Land zu beobachten, die nur als alarmierend eingestuft werden kann.

Weiter mussten wir landesweit beinahe ein halbes Jahr über die Ecopop-Initiative diskutieren – obwohl es in diesem Fall eigentlich nichts zu diskutieren geben sollte.

2014 war das Jahr, in dem wir in unserem Kanton in unterschiedlichen Gemeinden auf offenen Rassismus und Xenophobie stiessen. So seien hier nur die Neonazis in Moosseedorf erwähnt mit ihrem schändlichen «Heil dir Helvetia»-Plakat; oder die Gegner des Asylzentrums in Schafhausen, welche auf Facebook regelrecht der NPD-Seite Konkurrenz machten.

2014 war das Jahr, in dem Polizeidirektor Hans-Jürg Käser öffentlich das Wort «Negerbüebli» benutzte

und dennoch weiterhin im Amt sitzt. Und sowieso war 2014 das Jahr, in dem die FDP ihren Liberalismus zugunsten der SVP aufgegeben hat.

Es war auch das Jahr, in dem Gruppierungen mit Namen wie PEGIDA (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) gegründet wurden und in Deutschland Tausende auf die Strasse trieben und immer noch treiben; das Jahr, in dem in Österreich Asylheime angezündet wurden und in den USA auf unbewaffnete afroamerikanische Jugendliche geschossen wurde, als wären schwarze Leben weniger wert als weisse.

2014: Widerstand gegen Ecopop

2014 war aber auch das Jahr, in dem nach einer einzelnen Abstimmung die Gesellschaft wie noch nie politisiert wurde, in dem sich mehrere Gruppierungen für eine offene Schweiz bildeten und in dem wir die Ecopop-Initiative abgelehnt haben. 2014 organisierten die BewohnerInnen von Moosseedorf und Riggisberg Unterhaltungsprogramme für Flüchtlinge in den Asylunterkünften, gingen 20 000 Menschen in München gegen Fremdenhass auf die Strasse. Und ebenfalls 2014 erwachte in den USA eine neue Bürgerrechtsbewegung.

2015: Ändern wir die Geschichte!

Wir könnten die Liste ins Unend-

liche weiterführen. Oder aber wir können neu anfangen. Das Jahr 2015 wird ein Wahljahr. Nicht nur ein Jahr um gewählt zu werden, sondern auch ein Jahr um unsere Politik – eine Politik der Toleranz, der Solidarität, des Respektes – zu propagieren. Wir sind die Alternative zur SVP-Schweiz und gemeinsam kämpfen wir jeden Tag für eine solidarische, weltoffene und tolerante Schweiz. Denn wir haben die Antworten auf die Fragen unserer Zeit. Und wir können die Gesellschaft ändern.

Darum ruft die JUSO auf:

Zurück auf die Strassen, GenossInnen! Reden wir mit den Menschen, nehmen wir ihnen die Angst vor dem Fremden, zeigen wir ihnen, wer schuld ist an tiefen Löhnen, über- teuerten Wohnungen und steigenden Sozialhilfekosten; nicht die KollegInnen mit andersfarbigem Pass, sondern AbzockerInnen, die sich auf Kosten von ehrlichen Arbeitnehmenden bereichern.

Auch 2015 wird in die Geschichte eingehen. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass es eine andere Geschichte ist. Alles Gute fürs 2015!

*Eure Berner JUSO-Geschäftsleitung:
Tamara Funicello, Julian Rodriguez,
Salome Trafelet, Hendrik Zimmermann*

2014 war aber auch das Jahr, in dem wir die Ecopop-Initiative abgelehnt haben.

2014 wurde auch für unsere Sache demonstriert, wie der Widerstand gegen Ecopop oder die Demo gegen Fremdenhass in München gezeigt haben.



Die Neuen im Sekretariat stellen sich vor



Gemeinsam für eine starke SP

Seit Januar 2015 arbeite ich als Parteisekretärin im Sekretariat der SP Kanton Bern. Aufgewachsen in Bern und von Kindesbeinen an links geprägt, absolvierte ich ein Studium der Politikwissenschaft, das ich diesen Winter abschliesse. Mein fließender Wechsel zwischen Uni und Partei begann schon, als ich im Rahmen des Studiums ein Wahlkampfpraktikum bei der SP Kanton Bern absolvierte und meine Begeisterung für die Arbeit dort entdeckte. Vier Jahre sind zwischen Praktikum und Stellenantritt vergangen. Die lange Wartezeit habe ich neben dem Studium mit Snowboarden, dem Mitfiebern bei YB-Spielen und dem haufenweisen Lesen von Büchern überbrückt. Jetzt brenne ich umso mehr darauf, meinen Einsatz für die SP von der Arbeit im Vorstand der SP Bern Ost auf das Seki der Kantonalpartei auszuweiten und diese Tag für Tag noch besser kennenzulernen. Am meisten freue ich mich auf die Zusammenarbeit mit allen, die die SP durch ihren Einsatz bereichern und immer wieder für Erfolge sorgen!

Zora Schindler, Parteisekretärin SP Kanton Bern

Einsatz für die Bevölkerung in Stadt und Land

In Budapest geboren, bin ich in Bern-Bethlehem zur Schule und in Genf zur Uni gegangen, habe in Indien und Bern gearbeitet und bin als Kind zweier Asylsuchender bereits in frühem Alter für politische Themen sensibilisiert worden. Sicher auch deshalb bin ich Politologe geworden. Und als SP-Campaigner aus dem als bürgerlich berüchtigten Bümpliz/Bethlehem mag ich knifflige politische Herausforderungen. 2015 ist Wahljahr. Die Kampagnenarbeit ist die beste Möglichkeit, um unsere Mitglieder, Sektionen, Kandis und vor allem unsere sozialdemokratischen Werte vorwärtszubringen. In vielfältigster Art, jeder Region und Sektion angemessen, wie unsere politische Landschaft die Dinge vorgibt. Ich bin überzeugt, dass wir uns gerade in ländlichen Gebieten als verlässliche Alternative zur bürgerlichen Dominanz etablieren sollten. Und ich bin überzeugt, dass sich unser unermüdlicher Einsatz für die Lebensqualität der breiten Bevölkerung von Stadt und Land lohnen wird, gerade weil wir inzwischen die Einzigen sind, die sich für alle Menschen einsetzen, statt für wenige.

Szabolcs Mihalyi, Kampagnenverantwortlicher SP Kanton Bern

MISS-GESCHICKE IN BERN

Am 11. Oktober fand die Miss-Schweiz-Wahl auf dem Bundesplatz statt. Ausserhalb der Glaskuppel, die nur für geladene Gäste zugänglich war, befanden sich auch Leute, die nicht mit dem Event einverstanden waren. Die Kritikpunkte waren klar: Dass im 21. Jahrhundert Frauen halbnackt auf einem Laufsteg hin und her laufen, unter anderem von linken PolitikerInnen begafft, und dann noch eine Belohnung erhalten, wenn sie den gängigen patriarchalischen Geschlechterklischees (möglichst nackt, möglichst «fehlerlos», möglichst ohne eigene Meinung?) entsprechen, ist unerhört.

Dass diese Punkte nicht allen klar sind, zeigen die Antworten des Gemeinderates auf diverse Interpel-

lationen. Eine Einladung der JUSO für einen Sexismusworkshop ist bereits erfolgt.

Dass dann die OrganisatorInnen den Bundesplatz – Symbol für Meinungsfreiheit und Demokratie – beinahe eine Woche mit einer riesigen Glaskuppel besetzten und nicht mal was dafür bezahlen mussten, da es eine «Benefizveranstaltung» war, ist der Gipfel.

Mit Transparenten und Flyern wurde auf diese Kritikpunkte aufmerksam gemacht.

Was anschliessend geschah, ist für ein demokratisches Land empörend: Die friedlichen Protestierenden wurden ohne vorherige Wegweisung festgenommen, Minderjährige wurden gezwungen, sich nackt auszuziehen, es wurden Intimkontrollen durchgeführt und

AGENDA

4. März, 19 Uhr: Nominationspartei-tag SP Kanton Bern
Alle Termine: www.spbe.ch/agenda

IMPRESSUM

Herausgeberin: SP Kanton Bern,
Postfach 1096, 3000 Bern 23,
Telefon 031 370 07 80,
links.be@spbe.ch, Adressänderungen:
abo@spschweiz.ch
Spenden: PK 30-895-9 (SP Kanton Bern),
Redaktion: Oliver Lüthi
Redaktionsschluss nächste Ausgabe:
16. Februar 2015

ROTES BRETT

Theater und Kabarett in Laupen

Das Theater «die Tonne» in Laupen hat zum Ziel, das kulturelle Leben in Laupen und Umgebung zu fördern. Auch 2015 bietet die Tonne wieder ein abwechslungsreiches Programm. Aktuelle Vorführungstermine und Kontaktdaten finden sich unter www.dietonne.ch. Gegen Vorweisen der SP-Mitgliederkarte erhalten pro Vorstellung zwei Personen freien Eintritt.

Das komplette Angebot an Kulturvergünstigungen der SP findet sich auf unserer Webseite www.spbe.ch, unter der Rubrik «Mitglied werden».

Du und deine Sektion wollen eine Notiz am Roten Brett:
links.be@spbe.ch

Rote Feder

nun erfolgen auch noch vereinzelt DNA-Kontrollen.

Demokratische Rechte wie freie Meinungsäusserung und Versammlungsfreiheit wurden unter dem Deckmantel der «öffentlichen Ruhe» zugunsten einer kommerziellen Veranstaltung mit Füßen getreten. Und was passiert im rot-grün regierten Bern? Niemand will schuld sein! Das ist nicht das erste Mal. Immer wieder wird politischer Aktivismus in dieser Stadt mit voller Härte geahndet. Ungerechtfertigte Polizeigewalt ist auch in unserem Kanton eine Tatsache. Wie lange wollen wir dabei noch zuschauen?

Tamara Funicello

